



Prof. Dr. Ludolf Herbst (Humboldt-Universität Berlin)

Ist eine Theorie der Geschichte möglich?

**Sonntags-Vorlesung im Rathaus Pankow
vom 25.5.05**

1991 hat Joachim Fest ein vielbeachtetes Buch geschrieben. Es trägt den Titel „Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters“. Die Menschheit, so meint Fest, sei am Ende des 20. Jahrhunderts endlich von der Magie der großen Utopien des 19. Jahrhunderts befreit worden und von dem Wahn, sie in die Wirklichkeit umzusetzen. Diese Schlußfolgerung aus der Geschichte war vor allem auf den Untergang des sowjetmarxistischen Welt-Systems gemünzt, aber auch auf das Scheitern des Faschismus. Sie fußte auf der unausgesprochenen Prämisse, daß das westliche Welt-System keine utopischen Orientierungen besitze.

Ich halte diese Prämisse aus zwei Gründen für falsch:

(1) Sie ist falsch, weil sie unhistorisch ist; denn das liberale System wurzelt ebenso wie der Sozialismus im geistigen Horizont der utopischen Entwürfe der Aufklärung und auf den Erfahrungen der Industrialisierung, die mit den Postulaten Fortschritt und Modernisierung den Ansatzpunkt für bis heute wirksame utopische Entwürfe lieferte.

(2) Sie ist falsch, weil die Politik uns täglich mit Versatzstücken aus der Mottenkiste utopischer Entwürfe konfrontiert und dabei denke ich nicht nur an die Durchsetzung der Demokratie im Irak mit Waffengewalt oder an den weltweiten Einsatz westlicher Politik für den Menschenrechtskatalog der Bürgerlichen Revolutionen, sondern auch an das Wachstumsparadigma, an dem sich die Wirtschaftspolitik der modernen Industriestaaten orientiert und dessen utopischen Charakter man in der Bundesrepublik täglich studieren kann.

Mit dankenswerter Klarheit hat Francis Fukuyama 1992 – ein Jahr nach dem Erscheinen von Fests Abgesang auf den Sozialismus – die utopischen Grundzüge der westlich-liberalen Vorstellungswelt herausgearbeitet. Fukuyama argumentiert als überzeugter Utopist. In seinem Buch „The End of History and the last Man“ erklärt er die liberale Demokratie für das beste aller möglichen Regierungssysteme und für den Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit, ja für den Endpunkt der Geschichte überhaupt. Die liberale Demokratie sei die beste mögliche Lösung für das Problem, das sich der Menschheit stelle, nämlich Gleichheit und Freiheit zu verwirklichen.

Bewußt knüpfte Fukuyama mit seiner provokanten Proklamation eines Endes bzw. Ziels der Geschichte an Hegel und Marx an. Wie sie argumentierte er historisch, wenn auch in weniger dialektischer Weise. Die Staatsform der liberalen Demokratie, so Fukuyama, habe schließlich alle Rivalen überlebt, die Erbmonarchie, den Faschismus und den Kommunismus. Das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts habe unzählige autoritäre und diktatorische Regime überall in der Welt hinweggespült. Auch wenn nicht überall stabile Demokratien hätten etabliert werden können, so hätten sich die Hoffnungen doch überall auf die liberale Demokratie gerichtet, die als einzige politische Orientierung übrig geblieben sei.

Neben dem Siegeszug der liberalen Demokratie vermeldete Fukuyama den Siegeszug der liberalen Wirtschaftsdoktrin. Die freie Marktwirtschaft habe sich als Prinzip weltweit durchgesetzt und ein nie dagewesenes Maß an materieller Prosperität und Güterversorgung herbeigeführt. Gewiß gäbe es auch hier Unterschiede zwischen den mehr und weniger entwickelten Gebieten der Erde, doch auch hier habe die liberale Revolution ihren Siegeszug angetreten und sei unabhängig vom Grade ihrer jeweiligen Durchsetzung völlig alternativlos.

Eine besondere Rolle räumte Fukuyama den Naturwissenschaften und dem technologischen Fortschritt ein. Sie seien nicht nur als der eigentliche Motor des ökonomischen Wachstums zu betrachten, sondern auch als die größte im Weltmaßstab wirkende egalisierende Kraft. Wer könne sich schon dem technologischen Fortschritt entziehen? „Technologie“, so Fukuyama, mache „die grenzenlose Akkumulation von Wohlstand“ möglich, und erfülle den Menschen „ihre ständig wachsenden Wünsche“.

„Dieser Prozeß“ des technologischen Fortschritts, so Fukuyama weiter, garantiere „die zunehmende Angleichung aller menschlichen Gesellschaften, und zwar ganz unabhängig von ihren geschichtli-

chen Ursprüngen und ihrem kulturellen Erbe“.

Die technische Revolution und insbesondere die Revolution der Kommunikationsmittel habe, so meint Fukuyama, auch die Überlegenheit des Kapitalismus bewiesen; denn nur der Kapitalismus sei in der Lage, jene komplexe und diversifizierte Vielfalt von Waren zu produzieren, die die „post-industrielle“ Ökonomie kennzeichne.

Wie Kant gut zweihundert Jahre vor ihm konstatiert Fukuyama, daß es wieder möglich sei, Universalgeschichte zu schreiben und daß ihr roter Faden die Durchsetzung des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus, westlicher Technologie und Wissenschaft sowie des Kapitalismus im Weltmaßstab sei, kurz die „Verwestlichung“ der Welt.

Natürlich hat Fukuyamas Weltsicht viel Kritik gefunden und niemand wird behaupten wollen, ihr komme eine kanonische Bedeutung zu. Dies trifft weder für die modernen Industriestaaten selbst zu, in denen es ein buntes Bild unterschiedlicher Auffassungen gibt, noch trifft es für diejenigen Länder und Kulturräume zu, denen die Prognose einer alternativlosen Verwestlichung gestellt wird. Andererseits sollte man die Kraft von Fukuyamas Geschichtstheorie nicht unterschätzen. Für sie lassen sich viele berühmte Zeugen mobilisieren. Kant und Hegel wurden schon genannt. John Locke, Adam Smith, Montesquieu, Max Weber und viele andere ließen sich hier einreihen. Die Prognose einer Verwestlichung der Welt hat schon Immanuel Kant gestellt, und Max Weber untersuchte die kulturellen Voraussetzungen der westlichen Überlegenheit, die er als solche selbstverständlich voraussetzte.

Was aber natürlich vor allem für diese Weltsicht spricht, ist die historische Erfahrung. Mühelos lassen sich die letzten zweihundert Jahre der Geschichte der Menschheit aus dieser Sicht interpretieren.

Doch hierauf kommt es in unserem Zusammenhang zunächst nicht an. Vielmehr habe ich mich auf Fukuyama bezogen, weil sich an seinem Beispiel der utopische Kern liberal-demokratischer und liberal-kapitalistischer Weltsicht besonders leicht zeigen läßt. Das utopische Zeitalter ist also nicht zu Ende, sondern wir stehen mitten drin.

Die Frage ist unter diesen Umständen natürlich, was wir unter Utopie verstehen wollen. Karl Marx bezeichnete die Frühsozialisten als „Utopisten“, weil sie Zukunftsmodelle konstruiert hätten, die wissenschaftlich nicht begründbar seien, während es doch darauf ankomme, „die wissenschaftliche Einsicht in die ökonomische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft“ zur einzigen „theoretischen Grundlage“ zu machen.

Heute, so könnte man formulieren, hat sich der Utopie-Begriff wieder gegen Marx gekehrt; denn Engels' Behauptung, daß Marx dem Sozialismus den Weg „von der Utopie zur Wissenschaft“ gewiesen hätte, wird kaum noch viel Zustimmung finden. Der Sozialismus ist vielmehr erneut zur Utopie geworden, d. h. zum Konstrukt einer schönen neuen Welt, und er ist nicht nur deshalb zur Utopie geworden, weil er ein Bild der Zukunft zeichnete, sondern auch, weil er glaubte, dies mit wissenschaftlichen Methoden tun zu können.

Fukuyama erliegt dieser Versuchung nicht. Sein Hauptanliegen ist die intellektuelle Mobilisierung des Westens, dem er ein utopisches Ziel weist, von dem er meint, daß es zwar zum Greifen nahe sei, aber im pluralistischen Meinungsbild und im Konflikt der Interessen nicht mit genügender Schärfe gesehen werde. Er ruft also zur Geschlossenheit und zum Handeln auf. Zweifellos erfüllt dies den Tatbestand der Utopie; denn „Utopie“, so hat Martin Buber definiert, bedeutet die „Entfaltung der im Zusammenleben der Menschen ruhenden Möglichkeiten einer [ge]“rechten“ Ordnung“. Der Mensch besitzt die Möglichkeit, sich ihr aktiv handelnd anzunähern.

Die Utopie ist gewiß nur eine von vielen Möglichkeiten, eine Geschichtstheorie zu entwerfen, aber wenn es darum geht, in den öffentlichen Raum hineinzuwirken, dann ist es die wirksamste Form der Geschichtstheorie; denn wer ließe sich nicht gern für eine bessere Zukunft begeistern? Und wer wollte sich angesichts des Reformdesasters, in dem sich die Bundesrepublik Deutschland befindet, nicht davon überzeugen lassen, daß es einer Perspektive bedarf, an der sich politisches und gesellschaftliches Handeln orientieren könnte?

Und ist es nicht die Aufgabe der Wissenschaft, hieran mitzuwirken? Nehmen wir den Ball also ruhig einmal auf und fragen wir nach der Art und Weise wie Historiker mit solchen Geschichtstheorien umgehen sollten?

Erste Hinweise findet man bereits bei Kant. Er entwarf ja bereits 1784 die Umriss einer Geschichtstheorie, in der die Republik für die vernünftigste Staatsform, der Markt für das rationalste

und effizienteste ökonomische Prinzip und der Völkerbund für die sinnvollste Form der internationalen Organisation erklärt wurde. Allerdings macht schon der Titel der Schrift, in der er dies entwickelte, „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“, hellhörig. Kant ging es darum, eine Linie durch die Geschichte zu legen, um die Fakten besser sortieren zu können. Er entwickelte seine Geschichtstheorie zu Erkenntniszwecken. Die Geschichtstheorie sollte seiner Auffassung nach dem Zweck dienen, eine Vielzahl von historischen Gegebenheiten, die an sich keinen Sinn ergeben, mit Hilfe einer Sinnggebung zu systematisieren. Wenn man die Geschichte nicht systematisiere, dann träte „das trostlose Ungefähr“ „an die Stelle des Leitfadens der Vernunft.“ Kant ging es darum, eine Theorie zu entwickeln, mit der sich Geschichte besser analysieren lasse. Dabei dachte er insbesondere an zukünftige Generationen. Wie sollten sie ohne Theorie in der Lage sein, so fragte er, „die Last von Geschichte, die wir ihnen nach einigen Jahrhunderten hinterlassen möchten, zu fassen?“

Wenn man eine Geschichtstheorie als Instrument der Analyse handhabt, dann heißt das zugleich, daß man sie mit Skepsis betrachtet und kritisch einsetzt. Dazu gehört es, nach anderen Möglichkeiten historischer Orientierung zu fragen und diese aufzuzeigen. Dazu gehört es, die Reichweite einer Theorie zu bestimmen, d. h. deutlich zu machen, was sie erklären kann und was sie nicht erklären kann. Dazu gehört es aber insbesondere, die utopische Zielvorstellung zu relativieren. Dies ist einerseits dadurch zu leisten, daß man den historischen Prozeß prinzipiell als für verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten offenen Prozeß betrachtet. Aussagen über die Zukunft dürfen keinen Glaubenscharakter besitzen, sondern müssen als Prognose kenntlich gemacht werden. Und Prognosen, das hat uns der Wetterbericht für die Pfingsttage wieder eindrücklich vor Augen geführt, sind allemal unsicher und je langfristiger sie sind, desto unsicherer sind sie.

Doch was heißt das konkret? Nehmen wir ein Beispiel, das uns allen vor Augen steht, nämlich das Wachstumspostulat der bundesrepublikanischen Wirtschaftspolitik. Offenbar starrt die gegenwärtige Bundesregierung auf das Wirtschaftswachstum wie das Kaninchen auf die Schlange. Große Teile der Reformmaßnahmen werden dem Ziel untergeordnet, eine höhere Wachstumsquote zu erzielen. Die Opposition teilt den Wachstumsglauben und geißelt die Regierung mit dem Vorwurf, sie habe es verschuldet, daß die Bundesrepublik das Schlußlicht in der europäischen Wachstumsentwicklung sei, daß sie die „rote Laterne“ habe.

Problematisch ist das Wachstumspostulat aber vor allem dadurch, daß die Beseitigung oder doch Reduzierung der Arbeitslosigkeit von einer Steigerung des Wachstums erwartet wird. Und es ist geradezu beunruhigend zu beobachten, daß Alternativen in der Öffentlichkeit kaum und in der Politik gar nicht erörtert werden. Und all dies findet statt, obgleich ein Wachstum, das die Arbeitslosigkeit fühlbar mindern könnte, für die Bundesrepublik aller Voraussicht nach gar nicht erreichbar ist, und zwar auf keinem gegenwärtig erkennbaren Weg.

Nun läßt sich leicht zeigen, daß das Wachstumspostulat ein Kernelement der liberal-kapitalistischen Wirtschaftsdoktrin ist und mithin als integraler Bestandteil jener grundsätzlichen geschichtstheoretischen Orientierung der westlichen Welt betrachtet werden muß, die Fukuyama in seinem Buch so eindrucksvoll dargestellt hat. Das Wachstumspostulat eignet sich daher besonders gut dazu, den Nutzen und Nachteil eines kritischen Umgangs mit der liberal-kapitalistischen Geschichtstheorie zu demonstrieren und zugleich zu zeigen, in wie hohem Maße die politische Diskussion in der Bundesrepublik und in den modernen Industrieländern heute utopische Fixierungen aufweist.

Man kann sich darüber streiten, wer der Erfinder der Wachstumstheorie ist. Die Grundlagen legte bereits Adam Smith am Ende des 18. Jahrhunderts. Er ging davon aus, daß sich die Produktivität und der Wohlstand der Nationen durch Arbeitsteilung steigern lassen und der Egoismus eine segensreiche Kraft sei. Indem jeder seinem Eigeninteresse nachgehe, steigere sich das volkswirtschaftliche Gesamtprodukt. Organisiere man den Kapitalismus auf die richtige Weise, nämlich als Marktwirtschaft freier Konkurrenz, sei die Wirtschaft kein Nullsummenspiel, in der der Eine gewinne, was der Andere verliere, sondern ein Gewinnspiel, bei dem alle profitieren könnten.

Wichtiger als alle Theorie wurde die Erfahrung, die die westeuropäischen Völker in den ersten einhundert Jahren der Industrialisierungsgeschichte machten. Diese Erfahrung war ambivalent. Auf der einen Seite waren enorme Wachstumsraten der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion zu verzeichnen. Erstmals in der Geschichte der Menschheit wuchs die Zunahme der Warenproduktion schneller als die Bevölkerung. Wachstumsraten von 10 oder gar 15 % waren keine Seltenheit. Auf der anderen Seite stellte man in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts mit Bestürzung fest, daß auch die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft zyklisch verlief. Aus den Hunger-

krisen der vorindustriellen Zeit waren die Konjunkturkrisen des Industriezeitalters geworden.

Es gab grundsätzlich zwei Möglichkeiten, hierauf zu reagieren:

Man konnte sich erstens mit dem Zyklus abfinden und in der Krise auf die Selbstheilungskräfte des Marktes setzen, d. h. auf den nächsten Aufschwung warten. Dies war der liberale Standpunkt. Krisen waren aus dieser Sicht heilsam, weil sie die Wirtschaft neu einjustierten. Die Liberalen sprachen daher auch von Reinigungs- oder Anpassungskrisen.

Man konnte zweitens etwas tun. Dies konnte allerdings nur der Staat. Das Stichwort das hierfür gefunden wurde, hieß staatliche Intervention. Im 19. Jahrhundert waren die Möglichkeiten staatlicher Intervention noch begrenzt. Die Regierungen konnten kaum mehr zu erreichen hoffen, als die Folgen der Krisen abzumildern, d. h. Sozialpolitik zu betreiben und das Los des Proletariats und des Subproletariats zu mildern. Im 19. Jahrhundert war dies die dominante Perspektive.

Erst in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts ging man einen Schritt weiter und versuchte, in den Wirtschaftsprozess selber einzugreifen. Das Stichwort, das hierfür gefunden wurde, hieß antizyklische Konjunkturpolitik. Man ging davon aus, daß die Steigerung staatlicher Ausgaben und privater Investitionen einen Konjunkturabschwung verkürzen oder mildern könne. Zins- und geldmengenpolitische Maßnahmen ergänzten das Repertoire.

Nach 200 Jahren Industrialisierungsgeschichte ist es möglich, die Ergebnisse dieser Entwicklung zu analysieren.

Zunächst zum Wachstum: Die Geschichte zeigt, daß hohe Wachstumsraten an bestimmte Voraussetzungen gebunden sind. An erster Stelle stehen hier die technischen Innovationen: Ohne Dampfmaschine, ohne Eisenbahnen, ohne Elektro- und Benzinmotoren und ohne die schier unendliche Vielzahl produktionstechnischer Innovationen in der Textilindustrie, in der Schwerindustrie, in der Elektroindustrie und in der chemischen Industrie hätte es die enormen Wachstumsraten der industriellen Revolution nicht gegeben.

Zugleich gab es einen riesigen Investitionsbedarf; denn nun wurden große Industriekomplexe errichtet, wurde ein weltweites Eisenbahnnetz gebaut, wurden Telegraphenkabel und Telefonleitungen verlegt, wurden Schifffahrtslinien über die Ozeane gespannt. Begleitet wurde diese Entwicklung durch eine ins Riesenhafte gesteigerte Ausdehnung der Märkte, die eine Folge des Wegfalls von Zollgrenzen, eines in der europäischen Geschichte einmaligen Bevölkerungswachstums, einer allmählichen Anhebung der Massenkauftkraft und einer Steigerung der Massenproduktion war. Gleichzeitig dehnte sich die Vorherrschaft der Industrienationen über die gesamte Erde aus, so daß alle Ressourcen und alle Märkte dieser Welt dem Wachstum in Europa und Nord-Amerika und später auch in Japan nutzbar gemacht werden konnten.

Solche Voraussetzungen hat es nie wieder gegeben und wird es möglicherweise nie wieder geben. Die großen Wachstumsraten, die die Industrienationen nach dem Zweiten Weltkrieg erzielten, basierten ganz wesentlich auf den Kriegszerstörungen, die einen ähnlich breiten Investitionsbedarf erzeugten wie in der Phase der Hochindustrialisierung. Zudem gab es einen angestauten Konsumbedarf, und es gelang, einen Teil der weltwirtschaftlichen Störungen zu beseitigen, die die große Krise der 30er Jahre ausgelöst hatten. Man hat die konjunkturelle Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg daher auch „Rekonstruktionsphase“ genannt. Sie ist seit dem Ende der 60er Jahre vorbei. Seitdem ist der konjunkturelle Zyklus zurückgekehrt und haben sich die Wachstumsraten bei einem Durchschnitt von 1% bis 2 % eingependelt.

Deutlich höhere Wachstumsraten sind nur in jenen Ländern zu verzeichnen, die sich in schnellem Tempo industrialisieren, wie zum Beispiel in China. Dort liegen Voraussetzungen vor, wie Europa sie im 19. Jahrhundert besaß. Es wäre daher töricht, wollte man Chinas Wachstumsraten zum Maßstab europäischer oder gar bundesrepublikanischer Wachstumspolitik machen.

Zwei Beobachtungen können wir in Bezug auf das Wachstum also festhalten: Erstens: Hohe Wachstumsraten von deutlich mehr als 1 bis 2% sind an Voraussetzungen gebunden, die bisher nur in Phasen der Industrialisierung oder der Rekonstruktion gegeben waren. Zweitens: Wachstum ist konjunkturabhängig, d. h. es ist nicht realistisch, es immer zu erwarten. Vielmehr unterliegt das Volkseinkommen Schwankungen wie jedes andere Einkommen auch. Auf Phasen des Wachstums folgen solche der Stagnation und der Schrumpfung.

Eine dritte Beobachtung ist dem hinzuzufügen, sie ist weniger historischer als vielmehr moralisch normativer Art: Hohe Wachstumsraten sind das Kennzeichen einer aus den Fugen geratenen Welt. Hierauf hatte zu Beginn der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts der Club of Rome bereits aufmerksam gemacht. Die Grenzen des der Erde zumutbaren Wachstums, so das Ergebnis der Forschungsarbeiten des Club of Rome seien erreicht. Wolle die Menschheit ihre Zukunft auf diesem

Globus nicht verspielen, seien das Wachstum der Industrieproduktion, das Bevölkerungswachstum, die Ressourcenverschwendung, die Umweltverschmutzung und die Klimaerwärmung dringend zu stoppen. Zugleich mahnte der Club of Rome ein fundamentales Umdenken an: An die Stelle linearer Vorstellungen wie Wachstum, Fortschritt und Modernisierung seien zyklische Denkmodelle zu setzen. Die Welt sei von Gleichgewichtsmodellen her neu zu durchdenken und zu gestalten. Der Zyklus sei zu akzeptieren und in seinen Schwankungen nach oben und nach unten zu begrenzen. Ich komme hierauf gleich noch zurück.

Zuvor sind allerdings noch einige Bemerkungen zu den Instrumenten des Staates zu machen, zur Sozialpolitik und zur antizyklischen Konjunkturpolitik. Die Sozialpolitik war bekanntlich eine Erfindung des 19. Jahrhunderts. Als Urheber der modernen Sozialpolitik wird in der Regel Bismarck betrachtet. In der Tat setzten die Krankenversicherung von 1883, die Unfallversicherung von 1884 und die Alters- und Invalidenversicherung von 1889 in Deutschland den Prozeß der Sozialgesetzgebung in Gang. Sie wurde dann nach dem Sturz Bismarcks in einer Art produktivem Konflikt zwischen der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften einerseits und dem Staat und den Unternehmern andererseits vorangetrieben. Das was wir heute an sozialpolitischen Maßnahmen vor Augen haben, entstand schwerpunktmäßig allerdings erst im 20. Jahrhundert.

Der Zweck der Sozialpolitik war, sieht man von humanitären Gesichtspunkten einmal ab, die Entschärfung des Konfliktpotentials, das die zyklische Entwicklung des Kapitalismus hervorbrachte. Aus der Sicht der Herrschenden war sie Anfangs kaum mehr als ein Bauernopfer, das für die Abmilderung des Klassenkampfes und die Stabilisierung des politischen Systems gebracht wurde. Aus der Sicht des revisionistischen Flügels der Arbeiterbewegung war sie eine Möglichkeit, die Arbeiterklasse mit dem Staat zu versöhnen und den breiten Massen eine gesicherte Existenz zu verschaffen.

Die Geschichte der Sozialpolitik ist zu einer Erfolgsgeschichte allerersten Ranges geworden. Keine Regierung hat auf sie verzichtet, und keine Arbeiterpartei hat sich ihr entzogen, sieht man einmal von den Kommunisten ab. Sie wurde überall in Europa betrieben und hat hier den Typus des sozial abgesicherten Kapitalismus hervorgebracht, der in West-Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg als „soziale Marktwirtschaft“ bezeichnet wurde.

In den letzten dreißig Jahren hat sich im sozialen Sicherungssystem des Kapitalismus nun allerdings eine Entwicklung vollzogen, die zu einem fundamentalen Funktionswandel geführt hat. Es dient nicht mehr nur der Herrschaftslegitimierung und der Verbesserung des Lebensniveaus der breiten Masse, sondern es ist eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Instrument zur Steuerung der Kaufkraft geworden. Dies liegt an der exorbitanten Höhe der Sozialtats, die sich im Laufe des 20. Jahrhunderts entwickelt haben. Die kaufkraftsteuernde Wirkung der Sozialpolitik ist um so wichtiger, als die Bilanz des dritten hier noch zu erörternden Bereichs, nämlich der antizyklischen Konjunkturpolitik, weniger positiv ist.

Über antizyklische Maßnahmen hat man unter den Bedingungen des Kapitalismus bereits im 19. Jahrhundert nachgedacht. Die Möglichkeiten waren angesichts der geringen Etats, über die die Staaten verfügten, jedoch noch relativ begrenzt. Erst im 20. Jahrhundert verbesserten sich die Voraussetzungen für antizyklische Maßnahmen. Den Durchbruch brachte die große Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 30er Jahre. John Maynard Keynes entwickelte das Prinzip des *Deficit Spending*, und bereits vor ihm wurde in Deutschland damit experimentiert. Seitdem ist die antizyklische Konjunkturpolitik eines der großen Zauberworte der Politik.

Über die Wirkungen antizyklischer Maßnahmen waren sich die Ökonomen nie einig. Sie sind offenbar in hohem Maße nicht nur an die Steuerungsfähigkeit des Staatsapparats gebunden, sondern auch an die Prämisse einer vom Weltmarkt zumindest teilweise isolierbaren Volkswirtschaft. Solche Voraussetzungen waren zu Beginn der 30. Jahre des letzten Jahrhunderts gegeben.

Angesichts der Schwäche der Weltwirtschaft zu Beginn der dreißiger Jahre hatte die nationale Abschottung überall einen hohen Grad erreicht. Zudem hatten die Regierungen die Krise in nahezu allen Industriestaaten dazu genutzt, sich außerordentliche Machtbefugnisse zu beschaffen. Am auffälligsten war dies in Deutschland. Fast überall wurde mit antizyklischen Maßnahmen sehr unterschiedlicher Art experimentiert. Dennoch verlief die Konjunktur unberührt davon überall relativ gleichförmig. Lediglich Deutschland vermochte den Aufwärtstrend, der 1932 einsetzte, mit hohen Wachstumsraten bis zur Vollbeschäftigung voranzutreiben. Der Preis, der dafür bezahlt werden mußte, war allerdings auch exorbitant hoch; denn die Folge waren Krieg und Inflation.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Erfolgsperspektiven antizyklischer Konjunkturpolitik in demselben Maße geringer, in dem die weltwirtschaftliche Vernetzung wuchs. In der heutigen Situation weltweiter Globalisierungsprozesse ist antizyklische Konjunkturpolitik mit nationalstaatlichen Mitteln kaum noch sinnvoll zu betreiben, ganz abgesehen davon, daß die europäischen Staaten

viele nationalstaatliche Steuerungs-Instrumente zugunsten der EU aufgegeben haben. Ebenso wie man die Erwartung hohen Wachstums zu den Akten legen sollte, sollte man daher auch die antizyklische Konjunkturpolitik zu den Akten legen.

Was können wir nun aus diesen historischen Erfahrungen für den Umgang mit der oben skizzierten Geschichtstheorie Fukuyamas lernen und welche Art von Geschichtstheorie ist überhaupt noch möglich?

Fukuyamas Geschichtstheorie ist wie alle Theorien von begrenzter Reichweite. Sie ist sehr gut dazu geeignet, im Sinne Kants einen roten Faden durch die Geschichte der letzten 200 Jahre zu legen, aber sie ist nicht besonders gut geeignet, die Erkenntnis der gegenwärtigen Problemlage zu befördern, weil sie auf utopische Ziele fixiert ist, die weniger mit Möglichkeiten der Zukunft als vielmehr mit Möglichkeiten der Vergangenheit zu tun haben. Man könnte sagen, diese Theorie der Geschichte läßt die Geschichte zu einer Last für die Gegenwart werden.

Doch wie kommt man aus dem Dilemma fehlender Orientierung heraus, das Fukuyama ja ohne Zweifel lösen wollte? Und welche Rolle kann der Historiker dabei spielen?

Ich beginne mit einer Empfehlung, die möglicherweise typisch für einen Historiker ist. Wir sollten uns zuallererst klar machen, daß die historische Epoche, in der wir leben, eine von vielen historischen Epochen ist. Ebenso wie sie begonnen hat, wird sie zu Ende gehen, und möglicherweise erleben wir dies gegenwärtig.

Blickt man auf die Jahrhunderte und Jahrtausende der Weltgeschichte, so sticht das zyklische Bewegungsprinzip hervor. Wachstumsprozesse aller Art sind immer Teil eines umfassenderen zyklischen Bewegungsprinzips gewesen. Ihnen haben immer die Stagnation und die Schrumpfung zur Seite gestanden.

Die Idee eines sich immer fortsetzenden Wachstums und einer ständig fortschreitenden Modernisierung ist eine Illusion, die aus einer begrenzten historischen Wahrnehmungsperspektive resultiert. Und sie ist eine gefährliche Illusion; denn überbordende Wachstumsprozesse führen unweigerlich in die Katastrophe.

Die Geschichte zeigt aber auch, daß die Menschen seit jeher versucht haben, die Wirkungen der zyklischen Schwankungen zu mildern und die zyklischen Ausschläge zu verringern. Die antizyklische Politik ist eine der ältesten politischen Strategien. Sie ist das Grundmotiv aller Hauswirtschaft. Ihr diente die Regulierung und Nutzung der Nilüberschwemmungen im alten Ägypten ebenso wie die Vorratshaltung des ägyptischen Pharaos, der nach Josephs Rat die Ernten von sieben fetten Jahren für die folgenden sieben mageren Jahre ins Magazin nehmen sollte. In den meisten Fällen ging es bei diesen Regulierungsversuchen um die Abschwächung der Auswirkungen, die der Zyklus der Jahreszeiten und die zyklischen Schwankungen der Natur auf den Menschen hatten.

Es gab auch schon den Versuch, die Zyklen der Bevölkerungsentwicklung der Menschen unter Kontrolle zu bekommen. Dies wurde durch gesellschaftliche Regelungssysteme versucht, die mit Heiratsverboten und anderen mehr oder weniger subtilen Maßnahmen arbeiteten. Wichtiger waren allerdings die natürlichen Regulierungssysteme, vor allem die hohe Sterblichkeit durch Hunger und Seuchen.

Die längste Entwicklungslinie weist der Versuch auf, politische Verfassungen zu entwerfen, in denen ein ausgeklügeltes System von Gewaltenteilung und institutionellen Gegengewichten politische Stabilität sichern sollte. Schon Plato und Aristoteles haben darüber nachgedacht, Polybios hat den Faden weiter gesponnen, und John Locke nahm ihn am Ende des 17. Jahrhunderts wieder auf. Diese Entwicklung hatte Kant im Auge, als er 1784 die Republik für ein logisches Resultat der historischen Entwicklung und für die vernünftigste Staatsform erklärte; denn sie beruhte ja auf der Gewaltenteilung. Zudem hatte sie den großen Vorteil, mit der Freiheit des Einzelnen und seiner freien Verfügung über Eigentum, das Prinzip der Selbstorganisation an die Stelle der administrativen Anordnung zu setzen. Die Wirkungen, die diese Prinzipien im 19. Jahrhundert hervorriefen, sind bekannt. Ohne sie hätte es keine industrielle Revolution gegeben.

Hier beginnt aber auch das Problem; denn an sich widersprach das ungebremste Wachstum, das nun einsetzte, nicht nur der historischen Erfahrung, sondern auch den Regulierungssystemen, die bisher entwickelt worden waren; denn sie zielten ja auf eine Stabilisierung in der Mitte unter Ausschaltung von Extrementwicklungen.

Natürlich kann es nicht darum gehen, die Industrialisierung zu verteufeln. Niemand wird verkennen, daß die moderne Welt ohne sie nicht existieren würde, und niemand wird ihre segensreichen Wirkungen leugnen. Aber es wird erlaubt sein, daran zu erinnern, daß die Logik der Geschichte eher auf den Zyklus verweist und daß die Menschheit ihre Steuerungskonzepte von jeher auf zyklische Prozesse abgestellt hatte. Dabei sind Methoden entwickelt worden, die sich für die Lösung heutiger Probleme durchaus eignen.

Hier ist insbesondere an das Konzept der Steuerung durch Rahmenordnungen zu denken. Man mußte sich früher nicht an, in die historischen Prozesse selbst eingreifen zu können, sondern versuchte, sich durch Rahmenordnungen gegen deren Folgen abzusichern. Republikanische Verfassungen stellen das Paradebeispiel einer solchen Rahmenordnung dar, weil sie Machtakkumulation in einer Hand durch institutionelle Gegengewichte verhindern und die Systeme der Macht in einem Schwebезustand ausbalancieren. Rahmenordnungen dieser Art haben sich aber auch im ökonomischen Bereich entwickelt, in Marktordnungen und Wechselordnungen oder in Währungssystemen.

In der modernen Steuerungstheorie nennt man solche Politikgestaltung durch Rahmenordnungen Kontextsteuerung. Die Steuerung erfolgt nicht direkt, sondern auf dem Umweg über das Umfeld, den Kontext. Die Kontextsteuerung ist der direkten Steuerung durch Anordnung und Administration immer dann überlegen, wenn die Verhältnisse, die es zu gestalten oder zu beeinflussen gilt, komplex sind. Dann ist man nämlich darauf angewiesen, daß viele in gleicher Weise agieren, und dies können sie nur, wenn sich alle an dieselben Regeln halten.

Kontextsteuerung funktioniert jedoch nicht mechanisch, sondern wertorientiert, sie ist normativ verankert. Aus dem Egoismus der Einzelnen ergibt sich keineswegs automatisch das Gesamtwohl, sondern es stellt sich nur als Ergebnis einer geltenden normativen Orientierung am Gemeinwohl ein. Ohne Gemeinschaftswerte funktioniert Kontextsteuerung nicht, und ohne Kontextsteuerung funktioniert Politik unter komplexen Bedingungen nicht.

Das Dilemma der gegenwärtigen Situation in der Bundesrepublik ist unter anderem hierin zu sehen: Unsere Systeme der Kontextsteuerung funktionieren nur noch unzureichend, weil die normativen Voraussetzungen einer Orientierung am Gemeinwohl nicht mehr in ausreichendem Maße vorhanden sind. Am sozialen Absicherungs- und Versorgungsnetz ist dies besonders gut zu studieren. Hier versucht jeder herauszuholen, was eben nur herauszuholen ist. Dabei haben sich soziale Unterschiede eingestellt, die die früheren Klassenunterschiede in neuer Form wieder aufleben lassen.

Dabei geht es nicht nur um den Unterschied zwischen arm und reich, der sich erneut in absurder Weise zuspitzt.

- Es geht auch um den Unterschied zwischen denen, die Vorteile aus dem Kranksein ziehen, und denen, die es sich nicht leisten können, krank zu sein.
- Es geht um den Unterschied zwischen denen, die einen sicheren Arbeitsplatz haben, und jenen, die keinen sicheren Arbeitsplatz haben.
- Es geht um den Unterschied zwischen denen, die auf einer Arbeitswoche von 38 Stunden beharren, und jenen, die es sich nicht leisten können, weniger als 50 oder gar 60 Stunden in der Woche zu arbeiten.
- Es geht um den Unterschied zwischen Freizeit- und Fun-Gesellschaft einerseits und Arbeitsgesellschaft andererseits.

All dies bedarf der Einjustierung, und Deutschland hat besonders schlechte Karten, dies auch zu schaffen; denn hierzulande wird mit den Gemeinschaftswerten Schindluder getrieben. Dies ist einerseits ein Erbe des Nationalsozialismus, aber es ist auch die Folge eines National- und Gemeinschaftsverständnisses, das sich an materiellen Werten wie der Währungsstabilität und dem Wachstum des Bruttosozialprodukts orientiert.

Für die Bundesrepublik ist die Geschichte mithin zu einer doppelten Last geworden. Sie muß sich nicht nur von der Fortschritts- und Wachstumsrhetorik verabschieden, sondern auch ihre Gemeinschaftswerte von dem Schutt der NS-Geschichte und der SED-Geschichte befreien. Daß Gemeinnutz vor Eigennutz geht, ist nicht deswegen eine falsche Parole, weil die Nationalsozialisten sie mißbraucht haben. Solidarität ist nicht deshalb eine falsche Parole, weil sie im real existierenden Sozialismus die Leistungsschwäche des Systems übertünchen mußte.

Natürlich kann man sagen, daß die Restitution normativer Strukturen dieser Art ein frommer Wunsch ist, geeignet allenfalls für eine Sonntagspredigt. Und vielleicht wird man auch sagen, daß dies utopisch ist. Vielleicht ist das so. Wahrscheinlicher erscheint mir, daß sich neue Orientierungen erst durchsetzen, wenn wir den Tiefpunkt der Krise erreicht haben und zu der Erkenntnis gelangt sind, daß in Asien und anderen Teilen der von Europa lange Zeit bestimmten Welt normative Systeme in Geltung sind, die überlegene Formen der Kontextsteuerung ermöglichen.

So kann man am Schluß keine einfache Antwort auf die Frage geben, ob eine Theorie der Geschichte möglich ist. Soviel steht fest: Geschichte läßt sich nicht begreifen ohne Theorie, und natürlich kommt man mit einer Theorie dabei nicht aus. Wissenschaft muß zudem kritisch mit Theorien umgehen.

In der Politik liegen die Verhältnisse nur scheinbar anders. Sie benötigt zweifellos Orientierung, aber eine Orientierung, die nicht so ohne weiteres aus dem Verlauf der Geschichte abgeleitet werden kann. Es gibt Epochen, in denen es reicht, zu tun, was die Väter schon getan haben. Es gibt aber auch Zeiten, in denen dies nicht reicht. Die Politik braucht heute neue Ziele und mithin neue Geschichtstheorien. Wir müssen radikal umdenken.

Was das heißt, kann man daran ermessen, wie schwer es fällt, sich die Welt ohne Wachstum und Fortschritt vorzustellen. Doch genau dies müssen wir tun. Wir müssen das Arbeitslosenproblem in der nüchternen Erkenntnislogik einer Welt ohne Wachstum analysieren. Diese Aufgabe ist nicht einmal erkannt, geschweige denn gelöst. Zu fragen ist, ob sie überhaupt materiell zu lösen ist und was es für unsere Gesellschaft bedeutet, wenn sich diese Annahme als richtig erweist. Jedenfalls würde es dann keinen Sinn machen, unser Sozialsystem zu demontieren, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Wichtiger könnte es sein, neue Regeln zu entwerfen und den Ballast sozialpolitischen Fortschrittsglaubens über Bord zu werfen und auch in diesem Fall eine Geschichtstheorie kritisch zu handhaben, die den Wandel behindert.

So bleibt als Fazit: Wir müssen etwas tun gegen die eine Geschichtstheorie und ihre utopischen Versatzstücke, die aus dem 19. Jahrhundert auf uns gekommen ist und die bei aller Pluralität ihrer Ausformulierungen in der Fortschreibung des Bisherigen ihren recht unwandelbaren Kern hat.



WZFG e.V.
Berlin-Buch

Forschung für zukunftstaugliches Verhalten
Förderung regenerativer Energien
zukunftsorientierte Kulturarbeit
Öffentlichkeitsarbeit

WERKSTATT FÜR ZUKUNFTS-FORSCHUNG UND -GESTALTUNG (WZFG e.V.) auf dem Biomedizinischen Forschungscampus Berlin-Buch
Geschäftsstelle, PF, 13092 Berlin, od. Robert-Rössle-S. 10, 13125 Berlin, T=030/94063845, F=/9494161 d.; T=030/4241718, F=42085416 p.
www.zukunfts-werkstatt.org / kontakt@zukunfts-werkstatt.org

Vorstand: Dr. Hans-Volker Pürschel (Vorsitzender - Physiker/Zukunftsforscher/Kulturarbeiter), Uwe Frömberg (Vorstandsmitglied - Informatikingenieur), Ulla Walter (Vorstandsmitglied - Malerin). **Bankverbindung:** Kto. 397 2629 005, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. **Gemeinnützigkeit:** Für Wissenschaft, Kultur, Bildung wurde dem Verein am 19.10.00 die Gemeinnützigkeit und die Berechtigung, Spendenquittungen auszustellen, durch das Finanzamt Für Körperschaften I, Gerichtstr. 27, 13347 Berlin, vorläufig zuerkannt und am 3.6.02 bestätigt.